

AUFRUF  
Rights for ALL  
Tour  
Mai-Juni 19

# Solidarity4All

Zeitung gegen Ausgrenzung und Rassismus

www.stop-deportation.de

Herausgegeben vom Antirassistischen Netzwerk Baden-Württemberg

Ausgabe 4, April/Mai 2019

## Solidarity Cities gegen Ausgrenzung und Rassismus in Städten und Gemeinden



Heute mehr denn je, brauchen wir eine Diskussion über solidarische Kommunen, *Solidarity Cities* und über eine Stadt für alle. Immer deutlicher zeigen sich die Auswirkungen einer neoliberalen Politik, die im wesentlichen den Verwertungsinteressen von Politik und Ökonomie folgt. Beim Wohnen, Gesundheits- und Altersversorgung und der Flüchtlingspolitik, um nur einige Punkte zu nennen, wird offensichtlich, in welcher Krise die neoliberale Stadt sich heute befindet. Zu begrüßen ist, dass es in zahlreichen Städten Bestrebungen für Rekommunalisierungen in verschiedenen Bereichen gibt. Dadurch entstehen zu mindestens wieder Anknüpfungspunkte für weitergehende Interventionen.

Zu verurteilen ist, wenn der Städte- und Gemeindetag den „Aufbau europäischer Erstaufnahmeeinrichtungen („Hotspots“)" fordert und dass „die Außengrenzen der Europäischen Union besser geschützt werden“ sollen. Wir begrüßen

stattdessen, wenn Städte sich dazu bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen.

Anstatt Möglichkeiten zu ergreifen, geflüchtete Menschen in die Gesellschaft aufzunehmen, wurden auch mit der Unterstützung des Städte- und Gemeindetages gesetzgeberische Instrumente beschlossen, die zum Ziel haben einen großen Teil der Geflüchteten den Zugang zur Gesellschaft zu verwehren. Selbst lange hier lebende Geflüchtete, Menschen in Arbeit, Kinder, die hier geboren wurden, leben in ständiger Unsicherheit und permanenter Angst vor einer Abschiebung. Nicht wenige werden in einen irregulären Aufenthaltsstatus abgedrängt. Das kann nicht die Lösung sein! Hier sind besonders solidarische Städte gefordert.

Es gibt in Städte und Gemeinden Europas millionenfaches solidarisches Handeln von Engagierten und Geflüchteten, die friedlich zusammenleben. Die Vielfalt, die

alltägliche Solidarität, das breite Engagement in den Kommunen bilden eine Ressource für ein ‚globales‘ (global und lokal) Handeln. Deshalb bildet die Kommune auch ein wesentliches Terrain für kommende soziale Auseinandersetzungen. Sie ist ein Ort, wo wir uns auskennen, zusammen leben und den wir gemeinsam verändern können und zu unseren Gunsten verändern müssen. Die Stadt gehört uns allen! Wir dürfen die Stadt nicht irgendwelchen überregionalen Gremien, einer am Neoliberalismus orientierten Verwaltung oder finanzstarken Interessensgruppen, Firmen, Spekulanten oder Konzernen überlassen, sondern müssen selbst eingreifen und uns für eine solidarische Stadt einsetzen.

Der völkische oder nationalistische Gedanke darf keinen Platz in der Kommune haben. Kommunen sind dem Wohl aller Einwohner verpflichtet, auch der Bevölkerungsgruppe der Geflüchteten und Zugewanderten. Wir müssen das Recht

für alle einfordern.

Die Kommunen müssen sich in den kommenden Auseinandersetzungen stärker, deutlicher und entschiedener für Demokratie und gleiche Rechte für alle einsetzen. Flucht und Migration ist kein vorübergehendes Phänomen, sie ist Normalität. Die Schonzeit für den Westen ist vorüber. Nicht die Flüchtlinge gefährden unsere Gesellschaft – vielmehr bedroht das globale Kapital die gesamte Weltordnung.

Kommunales Handeln darf sich nicht an populistischen Interessen ausrichten. Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus dürfen kommunales Handeln nicht bestimmen. Der Schutz, das Wohl und die Partizipation aller Einwohner\*innen müssen im Vordergrund stehen. Dort wo Menschen durch eine Gesetzgebung ins Abseits, in die Rechtlosigkeit gedrängt werden, ist solidarisches Handeln der gesellschaftlichen Gruppen gefragt. Menschen die hier Opfer von rassistischer und rechter Gewalt werden, muss ein Bleiberecht gewährt werden.

Betroffene, die in einen irregulären Status abgedrängt werden, brauchen den besonderen Schutz der Zivilgesellschaft und der Kommune. Die humanitäre Versorgung für die Betroffenen muss gewährleistet sein. Gruppen und Einzelpersonen, die humanitär motivierte Hilfe und Unterstützung leisten, brauchen dazu eine rechtliche Legitimierung. Das wurde 2004 bereits im Freiburger Gemeinderat diskutiert. Möglichkeiten, die Kommunen zu verändern, sind gegeben!

W. Schlecht

### Zur vorliegenden Ausgabe

Der Schwerpunkt dieser Zeitung liegt auf dem Thema „*Solidarity City*“. Verschiedene Autor\*innen setzen sich darin mit dem komplexen Thema auseinander, das weltweit diskutiert und bereits in unterschiedlichen Ansätzen praktiziert wird. Mit der Zeitung möchten wir dazu beitragen, dass auch in den Kommunen von Baden-Württemberg *Solidarity City* zum Thema wird.

Immer wieder erklären einzelne Kommunen ihre Städte und Gemeinden zu „Städten der Zuflucht“, „sicheren Häfen“ oder selbst auch zu „*Solidarity Cities*“. Im wesentlichen bedeutet dies, die Bereitschaft zu zeigen, Bootsflüchtlinge direkt in ihren Städten aufzunehmen.

In den USA ist man indes ein Stück weiter, da dort bereits der Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung und Abschiebung irregulärer Migrant\*innen in den Städten praktiziert wird.

Was in den USA bereits in zahlreichen Städten umgesetzt ist, versuchen derzeit verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, z.B. in den Schweizer Städten Zürich, Bern und Genf. Auch in Bremen oder Hamburg ist dies Thema. Die Rede ist von *Urban Citizenship* (Stadtbürgerschaft), die es auch Migrant\*innen mit irregulärem Status erlaubt, soziale Rechte auf kommunaler Ebene in Anspruch nehmen zu können.

„Recht auf Stadt“ setzt sich für eine grundlegende Demokratisierung des städtischen Lebens ein. Das entspricht einer *Solidarity City* für ALLE.

Für eine linke, emanzipatorische migrationspolitische Strategie ist es von Bedeutung, bei der Umsetzung solidarischer Städte globale soziale Rechte im Blick zu haben.

Antirassistisches Netzwerk  
Baden-Württemberg

## Rights-for-ALL-Tour zu den Landeserstaufnahmeeinrichtungen

Das Antira-Netzwerk und der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg planen eine Info-Tour

Die Rights-for-ALL-Info Tour macht bei den Landeserstaufnahmeeinrichtungen ‚LEA‘ in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Tübingen, Sigmaringen, Donaueschingen, Freiburg und Ellwangen Station.

Grund- und Menschenrechte von geflüchteten Menschen werden immer stärker eingeschränkt.



In jedem Regierungsbezirk befindet sich eine ‚LEA‘, in Heidelberg das ‚Ankunftszentrum‘ und in Pforzheim ein Abschiebegefängnis.

In den Lagern ist das Leben der Geflüchteten sehr prekär, bevormundet, eingeschränkt, kontrolliert, überwacht und isoliert. Regelmäßig stattfindende Polizeieinsätze verunsichern und zermürben die Bewohner\*innen. Oft haben Polizeieinsätze keine ausreichend juristischen Grundlagen. Es kommt zu willkürlichen Zimmerbetretun-

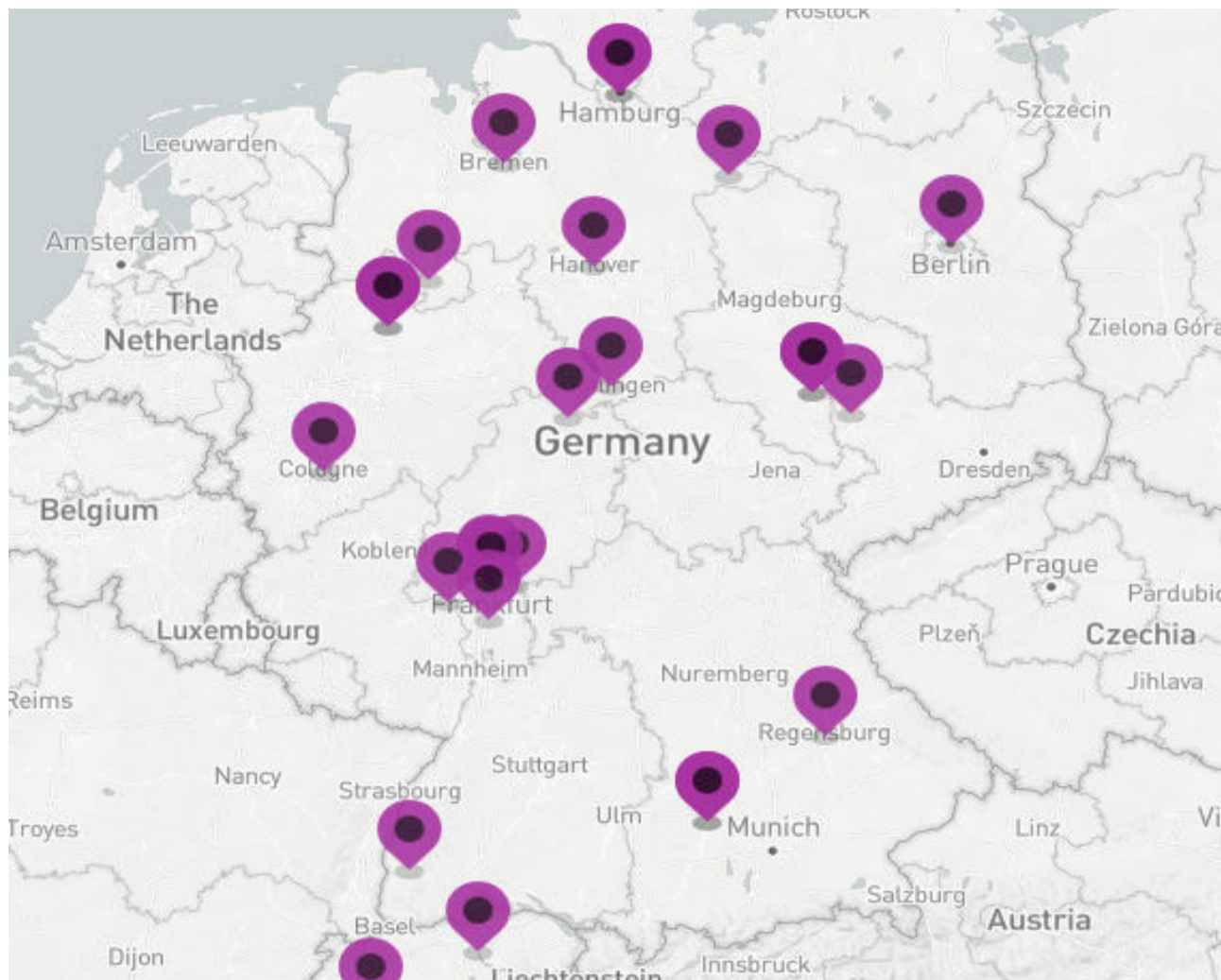
gen und -durchsuchungen. Von den zuständigen Verwaltungen werden Hausordnungen und Betreiberverträge vereinbart, die oft Grund- und Menschenrechten widersprechen. In den Lagern entwickeln sich nicht selten repressive Eigendynamiken und Machtstrukturen gegen die Bewohner\*innen durch Security, Hausmeister, Betreiberfirmen und Verwaltung.

Einige wenige versuchen dagegen zu protestieren und werden als Unruhestifter\*innen eingestuft. Sie werden in andere Lager

‚querverlegt‘ und teilweise kriminalisiert. Aus Versammlungen werden „Zusammenrottungen“, lautstarker Protest wird als Landfriedensbruch kriminalisiert.

**In einer ersten Aktion werden Informationen aus allen Lagern zusammengetragen und ausgewertet. Unsere Forderung bleibt nach wie vor, Schließung aller Massenlager!**

Weitere Informationen, siehe gesonderten Flyer oder unter <http://www.stop-deportation.de>



## Initiativen von Solidarity Cities in der Bundesrepublik Deutschland

Zahlreiche Initiativen haben sich zu einem *Solidarity City* Netzwerk zusammengeschlossen. Augsburg, Berlin, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hanau, Hannover, Köln, Osnabrück, Regensburg, das Wendland und jüngst auch München sind dabei.

**Was dürfen Kommunen und zu was sind sie verpflichtet? Welchen kommunale Spielräume haben Kommunen? Haben sie auch das Recht bzw. Möglichkeiten, in die Migrationspolitik, die beim Nationalstaat monopolisiert ist, einzugreifen?** Das sind zentrale Fragen der Gegenwart.

In den USA, wo bereits hunderte *Sanctuary Cities* existieren, wurden dazu städtische Grundsätze entwickelt. Dazu ein Zitat aus „*Städte der Solidarität – ein Interview*“, nachzulesen auf der *Solidarity City Homepage*: „**Die Solidarity Cities-Initiativen verfolgen drei zentrale Ziele.** Diese kommen quasi direkt aus der Bewegung der *Sanctuary Cities* in Amerika“:

**Erstens, no deportation!** Es soll niemand aus der Stadt abgeschoben werden. Wer in der Stadt leben möchte, soll auch das Recht dazu erhalten.

**Zweitens, don't ask, don't tell.** Niemand soll nach seinen Aufenthaltspapieren gefragt werden. Es soll niemand wegen seiner Hautfarbe oder seines Aussehens besonderen Kontrollen ausgesetzt sein. Als Zielvorstellung sollte jeder, der in der Stadt wohnt, einen städtischen Ausweis bekommen und sich damit ausweisen können.

**Drittens, access without fear.** Dabei geht es um den Zugang zu Behörden und Teilhabe in sämtlichen Einrichtungen der Stadt, ohne Angst, aufgrund des Aufenthaltsstatus benachteiligt zu werden oder

gar in die Abschiebemühle zu geraten.“

Gruppen in **Hanau und Berlin** setzen sich mit der Idee eines **Bürger\*innen-Asyl** auseinander. Das Netzwerk **Solidarische Stadt Augsburg** stellt die Eigentumsverhältnissen in Frage. Dazu soll im Juli 2019 ein „2. Festival der Solidarität - Solidarische Stadt Augsburg“ stattfinden. Die Initiative **Solidarity City Freiburg** sammelt Unterschriften unter ein Manifest für eine **Solidarity City**, das von mehr als 50 Gruppen unterstützt wird. Ende Juni 2019 soll nun die erste **Solidarity City Konferenz** in Freiburg stattfinden. **Solidarity City Freiburg** zeigt sich solidarisch mit der kleinen italienischen Gemeinde **Riace** und unterstützt die Gründung einer Stiftung.

In **Bremen** wurde ein Grundsatzpapier herausgegeben: „**Von der Staatsbürgerschaft zur Stadtbürgerschaft**“. „Besondere Handlungsspielräume ergeben sich daraus für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, denn sie sind Kommunen und Bundesländer zugleich.“ Ziel soll eine **Bremen-Citycard** sein, die als vollwertiges Ausweisdokument von allen Behörden, öffentlichen Stellen, Banken, anderen Dienstleistern in der Stadt und auch von der Polizei anerkannt wird.“

In **Frankfurt** wurden „**Sleep outs**“ organisiert, die sich mit den Menschen, die aus Südosteuropa migriert und von Wohnungslosigkeit betroffen sind, viele von ihnen **Rom\*nija**, solidarisierten.

„**Berlin** wird Teil des internationalen Netzwerks „**Solidarity Cities**“ gemeinsam mit Metropolen wie Wien, Amsterdam oder Athen.“ Was steckt dahinter? „Aber **Solidarität** ist für unser aktivistisches Netzwerk nicht etwas, das sich zwischen Stadtverwaltungen ab-

spielt, sondern ein Prozess zwischen Menschen: ein gemeinsamer Kampf für eine Stadt für Alle,“ schreibt das Bündnis **Solidarity City Berlin**.

Auch in **Regensburg** wurde ein „Manifest der Solidarischen Stadt Regensburg“ vorgestellt. Das **Regensburger Manifest** ist weit gefasst, setzt sich für Grund- und Menschenrechte ein und verbietet jegliche Waffenproduktion und Forschung im Stadtgebiet von Regensburg. Klimaveränderung und Kampf gegen Fluchtursachen sind weitere Themen. In **Hamburg, Göttingen und Osnabrück** haben sich **Solidarity-City-Initiativen** gebildet. Auch in **Aschaffenburg** gab es **Aktivist\*innen**, die sich für eine **Solidarische Stadt Aschaffenburg** einsetzen wollen.

Weitere Informationen:  
<https://solidarity-city.eu/de/>

„Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. Das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer **Solidarity City**. In einer solchen Stadt der **Solidarität** sollen alle Menschen das Recht haben zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Alle Menschen soll der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährt werden. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion,... In vielen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt ist der Prozess, eine **Solidarity City** zu werden schon in vollem Gang.“

## Anonymer Krankenschein ein machbares Modell

### Beispiel aus Berlin.

Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Aufenthaltsstatus ist ein Menschenrecht, zu dem sich Deutschland in mehreren völkerrechtlich bindenden Abkommen bekannt hat.

Die Einhaltung dieses Grundrechtes ist in Deutschland für Geflüchtete oder Menschen ohne Krankenversicherung nur eingeschränkt möglich. Besonders erschwert ist der Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Juristisch werden sie dem Asylbewerberleistungsgesetz zugeordnet und haben damit bei akuten oder schmerzhaften Erkrankungen Anspruch auf medizinische Behandlung, Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen (AsylbLG § 4, § 6).

Das Recht auf Gesundheit wird im Normalfall durch die Meldepflicht der Sozialämter, die den Behandlungsschein ausstellen, faktisch außer Kraft gesetzt und führt dazu, dass sich Krankheiten erst zu Notfällen entwickeln müssen, bevor sie ohne das Risiko einer Abschiebung behandelt werden können. Bei notfallmäßigen Behandlungen greift der verlängerte Geheimnisschutz: Die ärztliche Schweigepflicht verlängert sich hier auch auf alle Stellen, die im Rahmen der Abrechnung Informationen über den Patient\*innenfall erhalten.

### Medinetz und Medibüros

Da sich die aktuelle Situation weder mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN 1948, Art.25 Abs.1) noch mit dem ärztlichen Berufsverständnis vereinbaren lässt, sind seit 1996 in verschiedenen deutschen Städten über 30 sogenannte **Medinetze**, **Medibüros** und **medizinische Flüchtlingshilfen** entstanden. Neben der Forderung eines diskriminierungsfreien Zugangs zum Gesundheitssystem setzt sich **Medinetz** für eine Verbesserung der Versorgungssituation ein.

### Anonymisierter Krankenschein (AK)

Um insbesondere Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines **AK**. Er ermöglicht einen Zugang zu medizinischen Behandlungen für alle in Deutschland lebenden Menschen ohne Angst vor der Weitergabe der Daten an Behörden und zugleich eine Gesundheitsversorgung gemäß dem Standard gesetzlicher Krankenversicherungen.

Die Vergabe des **AK** erfolgt durch Clearingstellen mit entsprechendem (medizinisch und sozialarbeiterisch) qualifiziertem Personal, die über gute örtliche Vernetzung und Erfahrung in dem Bereich verfügen. Durch ärztliche Leitung ist der Geheimnisschutz für die Betroffenen gewahrt. Neben der

Klärung des Gesundheitsproblems und der sozialen Lage kann ein **AK/ Behandlungsschein** ausgestellt werden. Dieser soll die freie Wahl der Ärzt\*innen und Therapeut\*innen gewährleisten, er darf keine einschränkende Kennzeichnungen des Behandlungsumfanges enthalten. Die Kosten für die notwendigen Dolmetscher\*innen zur medizinischen Behandlung sollten Teil des Leistungsumfanges sein.

Die Finanzierung erfolgt durch einen Fonds der jeweiligen Gemeinde oder des Bundeslandes, der von der unabhängigen Organisation bzw. Vergabestelle verwaltet wird. Die Leistungen sollen – wie bei allen Kassenpatient\*innen – „ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich“ sein (§ 12 Abs. 1 SGB V); in Anlehnung an § 27 Abs. 1 SGB V besteht ein Anspruch auf Krankenbehandlung nach medizinischer Indikation.

In verschiedenen deutschen Städten und Bundesländern, u.a. in Thüringen, Düsseldorf und zuletzt auch in Rheinland-Pfalz wurden Haushaltsmittel für die Bereitstellung von Clearingstellen beschlossen. In Niedersachsen bestand von 2015-18 ein vom Land finanziertes Modellprojekt, welches in Hannover und Göttingen weit über 740 Beratungen durchführte.

### AK in Berlin

Auch in Berlin wurde die Einführung eines **AK** beschlossen. Seit Oktober 2018 ist die Clearingstelle für alle Menschen ohne Krankenversicherungsschutz geöffnet, Trägerin ist die Berliner Stadtmission. Jährlich stehen 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, davon knapp die Hälfte für die Clearingstelle samt Personalkosten, die andere Hälfte für medizinische Versorgung. Nach internen Angaben stehen noch weitere Verhandlungen an, um die Abrechnungen des **AK** über die kassenärztliche Vereinigung erfolgen zu lassen, um somit die bereits bestehenden Strukturen zu nutzen.

### Aktuelle Situation in Freiburg

In Baden-Württemberg zeigen sich aktuell keinerlei Bestrebungen einen diskriminierungsfreien Zugang zur medizinischen Versorgung allen im Land lebenden Menschen zu ermöglichen.

Um vorerst eine regionale Lösung zu schaffen, versucht das **Medinetz Freiburg** gemeinsam mit der Initiative der **Solidarity City Freiburg** zum wiederholten Mal ins Gespräch mit der Stadt Freiburg zu kommen, um sowohl das Konzept des **AK** als auch die Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern vorzubringen.

Das im Manifest für eine **Solidarische Stadt Freiburg** beschriebene umfassende Teilhabekonzept für alle wird deshalb von **Medinetz Freiburg** unterstützt.

MediNetz-Freiburg  
Adlerstr.12  
79098 Freiburg

# Sanctuary City Toronto / Kanada

## Was können Kommunen in Baden-Württemberg lernen?

Toronto ist eine der vielfältigsten Städte der Welt. Es ist auch Kanadas erste *Sanctuary City*. Obwohl der Stadtrat mit einem entsprechenden Beschluss ein wichtiges Signal gesetzt hat, quält sich die Stadtverwaltung bei der Umsetzung der *Sanctuary-City*-Politik. Das größte Potential in Toronto und in den Kommunen Baden-Württembergs liegt beim Engagement der Zivilgesellschaft, das den Grundstein für praktische Lösungsansätze und strukturelle Veränderungen legt.

\*\*\*

Bereits seit dem Jahre 2006 verfolgt die Stadtverwaltung Torontos eine sog. *Don't Ask Don't Tell (DADT)* Politik, wobei Einwohner nicht nach Ihrem kanadischen Aufenthaltsstatus gefragt werden (*Don't Ask*) und wenn Informationen über den Status einer Person vorliegen, diese nicht an die Bundesbehörde weitergeleitet wird (*Don't Tell*). Dadurch sollen alle Bewohner, unabhängig von ihrem nationalen Status, Zugang zu städtischen Dienstleistungen (z.B. im Gesundheitswesen) erhalten sowie Polizeidienste, Sozialwohnungen, Notunterkünfte, Schulen, Büchereien, und Freizeitprogramme in Anspruch nehmen können. Im Februar 2013 bestätigte der Stadtrat diese Politik und erklärte damit Toronto praktisch zur *Sanctuary City*.

Die Idee der *Sanctuary Cities* kommt ursprünglich aus den USA. Mitte der 1980iger Jahre hat dort die Stadt San Francisco Bürgerkriegsflüchtlinge aus Zentralamerika Schutz angeboten. Daraus entwickelte sich die *Sanctuary-City*-Bewegung, die das Ziel verfolgt Einwohnern ohne Status, die dauerhaft in einer Stadt wohnen, in die städtische Kommune bestmöglich einzubinden. Kanadische Aktivistinnen und zivilgesellschaftliche Organisationen haben diese Entwicklungen in den USA aufgegriffen. Anfangs konnten sie die kommunale Polizeibehörde Torontos auf ihre Seite ziehen, mit dem Argument, dass auch statuslose Einwohner die Möglichkeit haben sollten, ohne Angst die Polizei zu kontaktieren, damit sie Verbrechen anzeigen und als Zeugen zur Verfügung stehen können. Auch die Schul-

verwaltung Torontos schloss sich der Initiative an, nachdem die Bundesbehörde zwei Schüler ohne Status auf dem Schulgelände verhaften ließ. Die Stadtverwaltung übernahm ebenfalls eine entsprechende Praxis auf informeller Basis.

Da die informelle Praxis jedoch unzureichend umgesetzt wurde, formierte sich ein Netzwerk – das sog. *Solidarity-City-Network* – an dem sich wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Führungspersonlichkeiten beteiligten. Dieses Netzwerk übte erfolgreich Druck auf den Stadtrat aus, eine entsprechende Resolution zu verabschieden. Die Verordnung „*Access T.O.*“ sollte die *Sanctuary-City*-Politik schließlich umsetzen.

*Sanctuary City* Toronto beinhaltet jedoch nicht nur formelle Anweisungen an die Kommunalverwaltung die *DADT*-Politik umzusetzen, sondern auch das Engagement der Zivilgesellschaft, bestehende Stereotypen bezüglich statuslosen Einwohnern entgegenwirken, Ängste abzubauen und Einwohner ohne nationalem Aufenthaltsstatus in den alltäglichen Rhythmus der Stadt miteinzubeziehen. Dadurch wird das städtische Gemeinschaftsgefühl gestärkt und Solidarität innerhalb der Stadtgemeinde gefördert. Nicht der formelle Status,

### Der Wohnort bestimmt wer zur lokalen Gemeinschaft gehört.

der vom Bundesstaat vergeben wird, sondern der Wohnort bestimmt wer zur lokalen Gemeinschaft gehört. Ausschlaggebend ist wo eine Person oder Familie lebt, sich aktiv in die Kommune einbringt, zur Arbeit geht, den Sportverein besucht, ehrenamtlich tätig ist, und die Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Von einer vollständigen Verwirklichung der *Sanctuary-City*-Idee ist Toronto jedoch noch weit entfernt. Da Toronto eine kommunale Polizei besitzt, sollten ursprünglich – nach dem



Stadtrat von Toronto diskutiert über Undocumented Workers

Vorbild von US-amerikanischen Städten – auch polizeiliche Dienstleistungen in vollem Umfang in die *Sanctuary-City*-Maßnahmen einbezogen werden. Aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen, übernahm die kommunale Polizei jedoch nur eine eingeschränkte „*Don't Ask*“-Politik. Zudem ist der Begriff „*sanctuary*“, d.h. Schutzraum, irreführend, da die Bundesbehörde jederzeit die Möglichkeit hat, eigenständig innerhalb des Stadtgebiets Personen ohne Status aufzuspüren, in Verwahrung zu nehmen und ggf. abzuschleppen. Insofern werden Personen ohne Status nicht vollständig „geschützt“; es wird lediglich das Alltagsleben in der Illegalität erleichtert.

Das Hauptproblem besteht jedoch bei der praktischen Umsetzung der *Sanctuary City* Politik. Wie eine Studie meines Kollegen Graham Hudson und seiner Co-Autoren mit dem Titel „*(No) Access T.O.*“ zeigt, hat dieses Problem mehrere Dimensionen: erstens teilen nicht alle Mitarbeiter der Kommunalverwaltung die Werte, die mit *Access T.O.* vermittelt werden sollen und setzen entsprechend die Vorgaben nur unvollständig oder nicht in guter Absicht um. Zweitens stellt die Stadt nur unzureichende Mittel zur Verfügung, um alle Mit-

arbeiter, einschließlich denen mit direktem Bürgerkontakt, entsprechend der „*Access T.O.*“-Politik zu schulen. Drittens fehlt es an Koordination und effektiver Kommunikation bezüglich *Access T.O.* innerhalb der Stadtverwaltung. Schließlich mangelt es an verlässlichen demographischen Daten über die Bevölkerung ohne Status,

### Kommunen können die Kooperation mit Landesbehörden einschränken.

um Ressourcen effektiv zuzuweisen. Solche Daten zu erheben wäre jedoch aufgrund der prekären Umstände dieser Gruppe problematisch.

**Was können Kommunen in Baden-Württemberg von Toronto lernen?** Zunächst erscheint die direkte Übertragbarkeit der *Sanctuary-City*-Politik angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen unmöglich. In Toronto gibt es keine Einwohnermeldebehörde, die den Status der Einwohner zwingendmaßen erfasst; andererseits gibt es in Baden-Württemberg keine kommunale Polizei, die in eine *Sanctuary-City*-Politik miteinbezogen werden könnte. Nichtsdestotrotz können, nach Auffassung der Rechtswissenschaft-

lerin Helene Heuser, Stadtverwaltungen in Deutschland durchaus ihre Handlungsspielräume im Rahmen des Rechts zur kommunalen Selbstbestimmung ausloten und ggf. die Kooperation mit Landes- und Bundesbehörden einschränken.

Zudem sind die informellen Dimensionen, die eine *Sanctuary City* definieren, für Städte in Baden-Württemberg durchaus relevant. Vor allem das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure, statuslose Mitbewohner auf städtischer Ebene einzubeziehen und als ebenbürtige Gemeindemitglieder zu akzeptieren sowie eine solidarische Stadtgemeinde zu fördern, sind die Grundsteine einer *Sanctuary City*. Stehen diese Grundsteine erst einmal, bilden sie das Fundament worauf mit betroffenen Behörden Lösungsansätze entwickelt werden können, die auf die Gemeinden Baden-Württembergs zugeschnitten sind.

\*\*\*

**Harald Bauder ist Professor der Geographie an der Ryerson University in Toronto. Derzeit arbeitet er als Senior Fellow am Freiburger Institut for Advanced Studies (FRIAS) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.**

## Veranstaltungstour zum Thema Solidarity City im Herbst geplant

### Solidarity City Austausch-Plattform für Gemeinderät\*innen

Am 26. Mai 2019 finden in Baden-Württemberg Kommunal-, Kreistags- und Europawahlen statt. In neun Stadtkreisen, 94 Kreisstädten und mehreren hundert Gemeinden werden Gemeinde- und Kreisrät\*innen neu gewählt.

Sowohl die bundesdeutsche wie auch die europäische Gesetzgebung wirkt in fast allen Bereichen der Kommunalpolitik.

Dazu müssen politische Positionen entwickelt werden. Dies gilt für Themen der sozialen Gerechtigkeit, Wohnen, Obdachlosigkeit, Gesundheit oder der Belange von Menschen mit Behinderungen, den Erhalt einer lebenswerten Umwelt, Öffentlicher Nahverkehr, Geflüchtete, Migration, Rassismus, Populismus und weiteren Themen.

*Wie und mit welchen politischen Konzepten können sich fortschrittliche Initiativen auf kommunaler Ebene Gehör verschaffen und welche Möglichkeiten bieten sich an einen Prozess der Veränderung auf kommunaler Ebene einzuleiten?*

### Die Kommune kann weit mehr als viele denken.

Die verschiedenen Konzepte von *Solidarity-Cities* zeigen Möglichkeiten dazu auf, wie wir auf kommunaler Ebene aktiv werden können. Sie werden bei der Veranstaltungstour Thema sein.

Dazu wollen wir verschiedene Referent\*innen einladen, die sich mit dem Thema bereits näher auseinandergesetzt haben.

*Wie können wir die Konzepte der Solidarity Cities in der kommunalen Selbstverwaltung verankern?*

Die Kommunen haben schon heute das Recht, einen Großteil ihrer öffentlichen Aufgaben selbständig zu erledigen, ohne dass sich der Zentralstaat einmischte. Bei den selbstständigen Aufgaben liegt die Entscheidung über derartige Selbstverwaltungsaufgaben komplett in den Händen der Kommunen, genauso wie die finanzielle Verantwortung für deren Erfüllung.

Im Feld der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben befinden sich zahlreiche Spielräume, die wir nutzen sollten.

*Wie kann ein Zusammenwirken von linken, fortschrittlichen, zivilgesellschaftlichen Gruppen mit Gemeinderät\*innen, Möglichkeiten*

*für eine emanzipatorische Politik auf kommunaler Ebene schaffen?*

### Austausch-Plattform schaffen

Wir wollen bei den Veranstaltungen auch die Idee einer Austausch-Plattform für Gemeinderät\*innen vorstellen. Sie soll dem Informationsaustausch von Stadt zu Stadt dienen, und die politische

Arbeit der Gemeinde- und Stadträt\*innen unterstützen. Eine städteübergreifende Zusammenarbeit von Gemeinderät\*innen könnte auch einen gemeinsamen Auftritt und Möglichkeiten der Intervention gegenüber regionalen Gremien wie z. B. dem Deutschen Städtetag eröffnen.

### Ein politischer Diskurs auf kommunaler Ebene ist heute notwendig!

## Solidarity City

Für den Herbst plant das Antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg eine Veranstaltungstour durch verschiedene Städte Baden-Württembergs, um über die Idee einer *Solidarity City* zu informieren. Wer Interesse an der Veranstaltungstour hat, wende sich doch bitte an: [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de)

# „Solidarity City“: Soziales Projekt als Gegenentwurf zur profitorientierten, neoliberalen Politik der Ausgrenzung

Solidarische Städte zu schaffen ist ein politischer, sozialer und kultureller Ansatz im Kampf gegen den Ausschluss an gesellschaftlicher Teilhabe von Minderheiten, Armen und all denen, die den kapitalistischen Anforderungen an die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht mehr gewachsen sind. Es ist ein ermutigender Ansatz, der die Solidarität und den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt, unabhängig von Hautfarbe, Herkunftsland, Reisepass oder Aufenthaltsstatus.

Entstanden ist die Idee der „Solidarity Cities“ zuerst in den USA, um die Menschen ohne Papiere und Aufenthaltsstatus, die sogenannten „Illegalen“ in den Stadtgemeinden zu integrieren, ihnen Zugang zur Daseinsfürsorge zu verschaffen und ihnen eine Aufenthaltsperspektive ohne rassistische Ausweiskontrollen und Abschiebebefehle zu geben. In den USA wurde dieser Vorschlag von verschiedenen Städten aufgenommen, und die Stadtverwaltungen haben entsprechende Beschlüsse gefasst. Geflüchtete sollten den gleichen Bürgerstatus wie die anderen Bewohner der Stadt erhalten, mit den gleichen politischen und sozialen Rechten.

## Die Auswirkungen in der Praxis sind gering

Auch außerhalb der USA wurde die Idee aufgegriffen, und Großstädte wie z.B. Toronto und auch Barcelona haben durch entsprechende Verwaltungsanordnungen wichtige Zeichen gesetzt. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die tatsächlichen Auswirkungen für die Betroffenen oft nur gering sind. So werden z. B. in Barcelona die Entscheidungen der Stadtverwal-

tung durch die Regierung in Madrid behindert und unterlaufen. Geflüchtete in der Stadt berichten immer wieder, dass sie von der Entscheidung, der Stadt sich zur „Solidarity City“ zu erklären, wenig positive Auswirkungen auf ihre eigene Lebenssituation verspüren. Insbesondere Polizeikontrollen zur Aufspürung von „Illegalen“ und ausschließlich rassistisch motivierte Überprüfungsmaßnahmen seien kaum zurückgegangen.

gen Abschiebepolitik in der Praxis zu widersetzen. Jede der *Solidarity-City*-Initiativen ist unterstützenswert.

## Bürgerasyl

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass es bisher leider noch nicht gelungen ist die Idee der „Solidarity Cities“ wirklich in der Breite zu verankern und zu einem Schwerpunkt der Solidaritätsbewegung mit den Geflüchteten zu machen.



## Unterschiedliche Verständnisse

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es in mehreren Städten Initiativen für eine solidarische Stadt. Dabei wird besonders deutlich, dass es sehr unterschiedliche Verständnisse von der Umsetzung eines Projekts „Solidarity City“ gibt. Die Schwerpunkte der verschiedenen Initiativen beziehen sich hauptsächlich auf illegalisierte Geflüchtete. An die städtischen Verwaltungen werden unterschiedliche Forderungen gestellt.

Die Forderung nach einem Bürgerasyl, die teilweise parallel aufgestellt wird, ergänzen die Forderungen durch einen Aufruf zum zivilen Ungehorsam. Die massenafte Umsetzung eines Bürgerasyl wäre eine deutliches Signal sich der derzeiti-

Entsprechend ist es in der Bundesrepublik auch noch nicht gelungen so viel öffentlichen Druck aufzubauen, dass sich tatsächlich eine Stadt zur „Solidarity City“ erklärt hat.

Um die Voraussetzungen für die Umsetzung einer solidarischen Stadt zu schaffen, ist das Projekt „Solidarity City“ in einer erweiterten Form zu denken. Neoliberale Politik, weitgehend Privatisierung der Daseinsfürsorge, Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und Rechtsentwicklung haben zur gesellschaftlichen Ausgrenzung eines nicht unerheblichen Teils der in Deutschland lebenden Menschen geführt. Dazu gehören Menschen mit und ohne deutschen Pass, unabhängig vom Alter oder von der Hautfarbe. Vor allem Alleinerziehende, Hartz-4-Beziehende,

Menschen mit zur geringer Rente, Niedrigeinkommen, prekär Beschäftigte, Asylbewerberleistungsgesetz-Beziehende, etc. sind Opfer einer Politik, in der nicht der Mensch sondern der Profit im Mittelpunkt steht. Die Einkommensschere geht immer weiter auseinander. Die Flüchtlingsfrage wird in diesem Zusammenhang instrumentalisiert, um von den eigentlichen Ursachen für die soziale Misere abzulenken. Ein gutes Leben für alle einzufordern, die Frage der Verteilung des Reichtums neu zu stellen und ein solidarisches Miteinander zu praktizieren schafft die Basis, um Ausgrenzungspolitiken wirkungsvoll zu bekämpfen. Eine solidarische Stadt müsste den Anspruch haben, allen Menschen, die in der Stadt wohnen, einen Bürgerstatus zuzuerkennen und ihnen gleiche Rechte und Zugang zu ausreichendem Einkommen, Gesundheitswesen, Schule und Ausbildung, bezahlbarem und guter Wohnraum zu ermöglichen. In einer so verstandenen solidarischen Stadt hätten Ausgrenzung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit keinen Platz.

## Basisdemokratische Diskussion erforderlich

Um ein Konzept „Solidarity City“ in Gang zu bringen und tatsächlich auch konkrete Umsetzungsschritte erkämpfen zu können, ist eine breite basisdemokratische Diskussion und Beteiligung von unten erforderlich. Es braucht eine aktive gesellschaftliche Basis, die anders als in heutiger Form an den Entscheidungsprozessen für die Stadt/Gemeinde beteiligt ist und darauf tatsächlich Einfluss nehmen kann. Vorbild könnte hier die früheren Diskussionen und Erfahrungen zu einem Bürgerhaushalt wie z.B. in Porto Alegre/Brasilien sein. In Bürgerversammlungen wurde ausgehend von den bestehenden

finanziellen Möglichkeiten eine Hierarchie der Notwendigkeiten festgelegt. An den Bürgerversammlungen konnten ohne Einschränkung alle Menschen der Stadt/Stadtviertel teilnehmen. Sie legten selbst fest, ob ihnen die Finanzausgabe für eine U-Bahn, den Ausbau einer Schnellstraße, eines Fußballstadions besonders wichtig ist, oder die finanziellen Mittel für den Ausbau von Kindergärten, Schulen oder Spielplätzen zur Verfügung gestellt werden sollen. In dieser Diktion wird der Kampf um die „solidarische Stadt“ zu einem basisdemokratischen, antirassistischen, sozialen und antikapitalistischen Projekt, das in sich Elemente einer Doppelherrschaft enthält. Verwiesen werden kann in diesem Zusammenhang auch auf die im Rahmen der kurdischen Freiheitsbewegung aufgebauten Rätestrukturen z.B. in Rojava/Nordsyrien, die eine breite Beteiligung aller Einwohner einer Stadt an den Entscheidungsprozessen vorsehen.

## Kommunale Schranken durchbrechen

Um den Kampf um „Solidarity City“ auf eine neue Ebene bringen zu können, ist es wichtig, eine dauerhafte und aktive Basisbewegung zu mobilisieren, die das Konzept mitträgt, mit Leben erfüllt und bereit ist, die eng gesetzten gesetzlichen Schranken und kommunalen Spielräume zu durchbrechen. Dazu ist zunächst eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung von Initiativen wie „Recht auf Stadt“, Seebrücke, Mieterinitiativen, Flüchtlingshilfegruppen, antirassistischen Zusammenschlüssen, etc. erforderlich um die Kräfte zu bündeln und die unterschiedlichen Aktivitäten mit einer gemeinsamen Zielsetzung zu verbinden: *Solidarity City* – eine Stadt, sicherer Lebensmittelpunkt und Zukunft für alle!

Brigitte Kiechle

# SEEBRÜCKE-Bewegung

Die SEEBRÜCKE ist eine im Sommer 2018 entstandene Bewegung, die sich bundes- und europaweit einsetzt gegen die Behinderung

für sichere Fluchtwege. Bei SEEBRÜCKE-Demonstrationen waren seither über 200.000 Menschen auf den Straßen. Mittlerweile bestehen

Städte und sichere Häfen.

Die Geschichte scheint sich zu wiederholen. Im Februar 2004 rettete

**Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist als Ausdruck der Menschlichkeit tief verankert in der Jahrhunderte alten, maritimen Tradition und gilt gemeinhin als ungeschriebenes Völkergewohnheitsrecht** (Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages)

der Seenotrettung im Mittelmeer, für ein Ende des Sterbens im Mittelmeer, gegen die Abschottungspolitik der EU und für sichere Fluchtwege. Erkennungszeichen der Proteste ist Orange, die Farbe der Seenotrettung.

Angesichts der Hängepartien um die privaten Rettungsschiffe Aquarius und die Mission Lifeline und der Kriminalisierung der Seenotretter\*innen demonstrierten zunächst in Berlin, dann in immer mehr Städten, Menschen unter dem Banner SEEBRÜCKE für die Anerkennung der zivilen Seenotrettung und

bundesweit über 70 unabhängige Lokalgruppen. Die SEEBRÜCKE ist dabei ein sehr breites Bündnis, das von der radikalen Linken, wie z.B. der Interventionistischen Linken (iL) und der Partei Die Linke, bis in bürgerlich-kirchliche Kreise reicht. Hier engagieren sich sowohl Aktivist\*innen, die seit Jahren AntiRa-Arbeit machen und Geflüchte unterstützen, als auch Menschen, die erstmals organisiert in diesem Feld aktiv sind. Die SEEBRÜCKE solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und streitet für ein offenes Europa, solidarische

die Besatzung der Cap Anamur 37 Afrikaner aus Seenot – und löste damit eine europaweite politische Krise aus. Wochenlang wurde die „Cap Anamur“ von Kriegsschiffen belagert, verweigerten italienische Behörden das Einlaufen in den Häfen Porto Empedocle. Schließlich wurde es genehmigt, aber kaum an Land, wurden die Geretteten unverzüglich abgeschoben. Der Kapitän und der Erste Offizier der „Cap Anamur“ sowie der Cap Anamur Vorsitzende Elias Bierdel wurden verhaftet und mit Androhung einer langjährigen Gefängnisstrafe in Ita-

lien wegen Schlepperei vor Gericht gestellt. Elias Bierdel berichtete uns 2007 bei einer Veranstaltung in Karlsruhe von der großen Solidarität, die letztlich die Verurteilung zu Fall brachte.

Heribert Prantl schrieb damals in der Süddeutschen Zeitung: „Wer an schiffbrüchigen Flüchtlingen vorbeifährt und sie ersaufen lässt, ist ein Unmensch. Der Mensch aber, der sie aus dem Meer fischt und an Land bringt, wird verhaftet. Diese teuflisch-absurde Alternative kennzeichnet Geist und Praxis des europäischen Asylrechts.“ Dies gilt auch heute noch!

**Das Beispiel zeigt aber auch: Es reicht nicht aus, die in Seenot Geratenen zu retten - sie brauchen auch einen „sicheren Hafen“ und eine Bleiberechtsperspektive für die Zukunft!**

**Genfer Flüchtlingskonvention, Artikel 33 - Verbot der Ausweisung und Zurückweisung:** „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“

Father Mussie Zerai hat vor über 10 Jahren in Italien die Solidaritätsinitiative „L’Agenzia Habeshia“ gegründet und war danach als „die Telefonnummer“ für Seenotfälle

Fortsetzung Seite 5

# Aufstand der Städte gegen Trump: von Urban Citizenship und Sanctuary Cities

Trump vermittelt eine harte Linie gegen „illegale“ Einwanderung. Neben der militärischen Grenzaufrüstung setzt seine Regierung auf ein engmaschiges Kontrollnetzwerk auch im Innern des Landes. Unter der nationalen Hardliner-Oberfläche verbirgt sich aber ein komplexeres Bild: In den USA leben und arbeiten über 11 Millionen „Illegale“ (das entspricht fast 4% der Bevölkerung), auf die der US-Arbeitsmarkt auch angewiesen ist. Viele der „Illegalen“ haben Kinder und Familienangehörige, die über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen. Besonders in den Großstädten gehören „Illegale“ völlig selbstverständlich dazu. Sie arbeiten z.B. im Restaurant, auf dem Bau oder in der Pflege. Mit anderen Worten: viele Einwohner\_innen in den USA haben einen Pass – einige andere nicht.

## Jeder Kontakt bedeutet Gefahr

Das Leben von Menschen, die quasi permanent eine Abschiebung fürchten müssen, gestaltet sich schwierig. Jeder Kontakt mit öffentlichen Behörden kann dazu führen, dass der illegale Status entdeckt wird und die Abschiebeapparate aktiv werden. Schlussendlich kann jeder Arztbesuch oder die Anmeldung des Kindes im Kindergarten gefährlich werden. Durch das Meiden von Behörden werden die Menschen quasi rechtlos, z.B. weil der Lohn nur schwerlich eingefordert werden kann, ohne sich selbst, die Familie oder den Arbeitsplatz zu gefährden. Zusätzlich ergeben sich aus deren Situation auch Probleme für die gesamte Gesellschaft: Eine illegalisierte Person würde z.B. als Zeugin vor Gericht nicht infrage kommen, würde vielleicht auch nicht unbedingt Erste Hilfe bei einem Unfall leisten,

Blut spenden oder am Betriebsausflug teilnehmen.

## San Francisco reagierte als erste Stadt

San Francisco reagierte 1989 als erste Stadt in den USA auf diese Situation. Bürgerschaftliches Engagement, Kir-



chenasyl und gezielte Lobbyarbeit bei lokalen Politiker\*innen führten zu einer richtungsweisenden Entscheidung: Der Stadtrat beschloss eine stadtweite „Schutzzone“, eine sogenannte „Sanctuary-Policy“. Dem Beispiel sind seitdem zahlreiche Städte gefolgt. Heute kann von 560 Sanctuary Distrikten gesprochen werden. Vor allem dort, wo illegalisierte Menschen einen hohen Anteil der Bevölkerung ausmachen, wurden besonders häufig Sanctuary-Politiken eingeführt. Diese Gesetze variieren stark von Ort zu Ort, im Kern limitieren sie aber immer die Zusammenarbeit mit der Grenz- und Nationalpolizei und ermöglichen bessere Versorgung der migrantischen Einwohner\*innen: Neben der Erschwerung von Abschiebungen zielen diese Politiken auch auf eine Öffnung lokaler Institutionen für Menschen ohne Papiere. So gibt es Städte, Krei-

se und Staaten, in denen Schulbesuch, Bibliotheksausweis, Sprachkurse, oder Bankkonten auch ohne Papiere zu haben sind. Innerhalb der *Sanctuary Cities* soll der Aufenthaltsstatus möglichst keine Rolle spielen, denn Ausschluss wird in diesen Städten als Problem gewertet, nicht als Lösung. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Lokalbehörden stärkte die öffentliche

Sicherheit, so der Bürgermeister von Lawrence, einer Kleinstadt bei Boston. In der Tat beweisen Studien, dass *Sanctuary Cities* im Schnitt sicherer sind und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen als Gemeinden, die keine derartigen Schutzpolitiken implementiert haben.

Hinter den Politiken steckt also nicht primär ein humanitärer Gnadentakt, sondern eine gewisse Pragmatik, die der Tatsache von Migration und einer Verwaltungslogik geschuldet ist.

## Kommunalpolitik funktioniert mit einer anderen Logik

Die Kommunalpolitik, als Organisationsform von Alltagsbedürfnissen, funktioniert mit einer anderen Logik als

nationale Politik, deren Fokus auf Grenzsicherung und territoriale Kontrolle liegt. Daraus erwachsen zwei verschiedene Definitionen von Bevölkerung. Neben dem nationalen Modell der Staatsbürgerschaft, das Migration zwar einkalkuliert, aber streng kontrolliert (de-jure-Bevölkerung), entsteht ein anderes Modell: In *Sanctuary Cities* gilt als Bürgerin, wer irgendwie beweisen kann, dass er\*/sie\* tatsächlich in der Stadt wohnt (de-facto-Bevölkerung). Name und Adresse auf einer Strom- oder Telefonrechnung genügen als Nachweis, um an lokalen Programmen teilzunehmen. In manchen Städten wird sogar eine City ID, also ein Städteausweis ausgestellt, der innerhalb des Verwaltungskreises als legitimes Ausweisdokument akzeptiert wird. Bspw. bei einer Kontoeröffnung kann das Dokument anstelle eines Personalausweises genutzt werden. Viele Menschen sind darauf angewiesen, da sie aus verschiedenen Gründen keine oder nur prekäre Papiere besitzen.

## Urban Citizenship

„Urban Citizenship“ wird das Konzept genannt, bei dem Städte Alternativen zur Staatsbürgerschaft herstellen, die sich vor allem an der de facto Einwohnerschaft orientieren. Verfechter\_innen dieses Konzepts sehen darin eine mögliche zukunftssträchtige Alternative zum Nationalstaat, die Teilhabe für alle ermöglicht. Wer in einer Stadt dazugehört, wird dann nicht „von oben“ entschieden, sondern im Alltäglichen ausgehandelt.

Dieser Widerstand der Städte wurde in den USA lange als liberales Lokalcolorit toleriert. Als Trump im Januar 2017 jedoch sein Amt antrat, kündigte er an, *Sanctuary Cities* zu verbieten.

Alle Versuche sind aber bisher gescheitert, weil Kommunalpolitik qua Verfassung Aufgaben „erfinden“ darf, die der Erfüllung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zuträglich sind.

Die zunehmend restriktiven Migrationsgesetze und die Angriffe auf *Sanctuary Cities* aus der konservativen Regierung heraus haben auch keine einschüchternde Wirkung entwickelt: statt einer Eindämmung des *Sanctuary City* Phänomens gab es in den letzten zwei Jahren sogar einen signifikanten Zuwachs – nicht nur in den USA: Diese Idee wird mittlerweile auch in Kanada, Chile, Italien, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und Deutschland für Kommunalregierungen diskutiert und teils auch schon umgesetzt. Riace, Sheffield, Toronto, Bern oder Barcelona sind nur einige Beispiele hierfür.

## Der kommunale Rahmen als Aktionsraum

Ebenfalls haben sich viele Bündnisse und Politgruppen dieser Idee zugewandt und kämpfen lokal für solidarische Stadtmodelle. Gerade weil das Konzept so pragmatisch ist, erscheint es auch so attraktiv und anschlussfähig. Und gerade weil Migration zwar national geregelt wird, aber vor allem lokale Auswirkungen hat, bietet sich der kommunale Rahmen als Aktions- und Erfahrungsraum durchaus an. So können kommunale Zusammenhänge auch innerhalb restriktiver Regime Widerständigkeit entwickeln und alternative Politik gestalten.

Von Janika Kuge, Humangeographie Uni Freiburg und Netzwerk Solidarity Cities

## SEEBRÜCKE-Bewegung

Fortsetzung von Seite 4

insbesondere der eritreischen Geflüchteten bekannt. Mit seinem Einsatz hat er Tausenden von Bootsflüchtlingen zwischen Libyen und Italien das Leben gerettet. Die Initiative „kein mensch ist illegal“ in Hanau hat - inspiriert von Father Zerai - im Oktober 2014 das Alarm Phone für Geflüchtete und Migrant\_innen in Seenot mit aufgebaut.

Ein sicherer Ort (i. S. d. SAR) ist ein Ort, an dem die Rettungsmaßnahmen als beendet angesehen werden. Es ist auch ein Ort, an dem das Leben der Überlebenden nicht mehr weiter in Gefahr ist und an dem ihre menschlichen Grundbedürfnisse (wie z.B. Nahrung, Unterkunft und medizinische Bedürfnisse) gedeckt werden können. (Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages)

Father Mussie Zerai hat uns auf einer Veranstaltung in Karlsruhe im Sommer 2016 mit auf den Weg gegeben: „Das Sterben an den Außengrenzen im Mittelmeer könnte von heute auf morgen beendet sein und den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk gelegt, wenn sich die Menschen einfach Tickets für die vorhandenen Fähren kaufen könnten.“ Das hat

heute noch genauso Gültigkeit. Außerdem sollten wir ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken, dass die EU-Abschottungspolitik die Menschen auf immer gefährlichere Fluchtrouten zwingt und nach neuesten Berichten bereits jetzt schon in der Wüste auf dem Weg zum Mittelmeer dreimal so viele Menschen sterben wie im Mittelmeer - unbeachtet von der Weltöffentlichkeit.

Stoppt das Sterben im Mittelmeer - Stoppt den Wettbewerb der Unmenschlichkeit - Seerettung statt Grenzschutz - Fähren statt Frontex!

Wer angesichts des Massensterbens an den EU-Außengrenzen tatenlos bleibt, macht sich mitschuldig!

Wir lehnen die Kriminalisierung der Retter\_innen entschieden ab! Gegen Internierungslager, Abschottung und das unmenschliche Abschieberegime!

Globale Bewegungsfreiheit ist unser Ziel! Solidarity4all!

Wolfram Treiber

## SEEBRÜCKE Wie weiter?

Auch in Karlsruhe hat sich Ende Juli 2018 eine Seebrücken Lokalgruppe gebildet, die eine Kampagne „Auch Karlsruhe liegt am Meer“ - machen wir Karlsruhe zum „Sicheren Hafen“ ins Leben gerufen hat. Am 26.2.2019 waren wir schließlich erfreulicherweise erfolgreich: Karlsruhe hat sich offiziell per Gemeinderatsbeschluss wie inzwischen über 50 andere Städte zum „Sicheren Hafen“ erklärt!

Nun geht es jeweils darum, diesen Beschluss mit Leben zu füllen, und die Stadt Karlsruhe und alle anderen Städte, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben, dazu zu bringen, dass sie sich auch aktiv für die Aufnahme von Geretteten einsetzen, ihnen eine Zukunfts- und Bleibeperspektive eröffnen und entsprechenden Druck auf die zuständigen Innenministerien entfalten!

Ohne Druck von unten und die Durchsetzung einer Perspektive für die Geretteten dient so eine Deklaration nur dem Image aber nicht den Geflüchteten. Insbesondere sollte dabei auch die Kritik von Geflüchteten an der Kampagne ernst genommen werden, dass sie nicht gerettet werden wollen, um anschließend wieder ins Elend oder in libysche Folterlager

abgeschoben werden, sondern dass sie eine Perspektive für ein Leben in Würde brauchen.

Die Kampagne, dass sich eine Stadt zum „Sicheren Hafen“ erklärt, hat viele Menschen über den Kreis der übli-



chen Verdächtigen hinaus erreicht. Die Erklärung zum „Sicheren Hafen“ kann aber nur ein erster Schritt sein. Der nächste Schritt muss eine gemeinsame Diskussion darüber sein, wie ein „Sicherer Hafen“ aussehen muss und soll. Das heißt aber letztendlich eine breite Diskussion in der Bevölkerung, wie eine solidarische Stadt aussehen soll, in der wir leben wollen. Diese Diskussion muss alle Menschen einbeziehen, die in der Stadt wohnen, ob sie schon

immer hier wohnen oder erst zugereist sind - unabhängig von Alter oder Hautfarbe, Herkunft oder Papieren. Alle Menschen die hier sind gehören auch hierher und müssen gleichberechtigte Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben haben.

In diesem Sinne muss die Seebrückenbewegung Bestandteil der Bewegung für Solidarity Cities werden. Ein erster Schritt in Baden-Württemberg sollte ein Austausch über die Ziele, Gestaltung und Perspektiven von Solidarity cities als „Sicherer Hafen“ für alle sein. Gegen einen wachsenden Nationalismus auf EU Ebene setzen wir die Idee der Vernetzung von *Solidarity Cities* von Unten.

Wolfram Treiber

„Einige deutsche Städte und Gemeinden wollen freiwillig Schutzsuchende aus dem Ausland aufnehmen. Flüchtlingspolitische Entscheidungen werden jedoch in der Regel auf Bundesebene getroffen.“

**„Welche Spielräume bleiben da für Kommunen?“** „Für besondere Aufmerksamkeit sorgen aktuell Initiativen von Städten und Gemeinden, sich für legale Zufluchtswegen für Schutzsuchende aus den Herkunfts- oder Transitstaaten bzw. die Aufnahme von auf dem Mittelmeer geretteten Geflüchteten einzusetzen.“ „Hintergrund ist, dass kaum legale Zufluchtswegen nach Deutschland bzw. nach Europa existieren und die illegalen Routen zunehmend lebensgefährlich werden. Als im Sommer 2018 die EU-Mitgliedstaaten die im Mittelmeer geretteten Menschen nicht mehr aufnehmen wollten, erklärten sich stattdessen europaweit Städte hierzu bereit. In Deutschland signalisierten u.a. Berlin, Kiel und Potsdam sowie Düsseldorf, Köln, Bonn, Solingen, Regensburg, Stuttgart, Freiburg, Bielefeld und Osnabrück ihre Aufnahmebereitschaft.“

lediglich ein kommunal- und kein allgemeinpolitisches Mandat. Anlässlich der Auseinandersetzungen um die Frage der Aufrüstung mit und Stationierung von Atomwaffen lässt sich aus den Entscheidungen der Gerichte folgende Tendenz ablesen: Je örtlicher der Bezug ist, den Kommunen bei ihren politischen Maßnahmen herstellen, desto mehr Handlungsfreiheiten werden ihnen zugestanden.“ Umgekehrt gilt: Je stärker die Kommunen in die staatliche Willensbildung von Bund und Ländern eingreifen wollen, desto weniger Handlungsfreiheiten werden ihnen von den Bundesgerichten zugestanden. Grundsätzlich können bestimmte Politikbereiche aber sowohl als staatliche als auch als örtliche Angelegenheit angesehen werden.“ (...) „Viele Menschen in den Kommunen, die sich zur Flüchtlingsaufnahme bereit erklärt haben, fühlen sich offensichtlich betroffen und verantwortlich für den Schutz von Menschen, die Menschenrechtsverletzungen – sei es in einem anderen Land oder im Mittelmeer – ausgesetzt sind. Sie fühlen sich auf lokaler Ebene für globale Probleme verantwortlich.“ (...) „Die humanitäre Dringlichkeit sowie die

(...) Über ähnliche Programme könnten die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen. Die Dublin-III-Verordnung würde hier zumeist keine Rolle spielen, da die Aufzunehmenden ein Visum bzw. einen Aufenthaltstitel nach § 23 I AufenthG erhalten und keinen Asylantrag stellen müssen (nur dann ist die Dublin-Verordnung anwendbar).“ (...)

**„Proaktive und kreative Flüchtlingsaufnahme politik von Städten und Gemeinden“** „Den Kommunen fehlen im aktuellen Rechtssystem bisher ausdrückliche Regelungen für die unmittelbare Aufnahme von Flüchtenden aus dem Ausland. Dass dieser Politikbereich ungeordnet ist, ermöglicht es ihnen jedoch, ihn proaktiv und kreativ im Sinne des Menschenrechtsschutzes von Flüchtenden neu zu gestalten. Über ihr kommunales Selbstbestimmungsrecht und als Teil der Länder dürfen sie im Hinblick auf die Etablierung von legalen Zufluchtswegen in die Kommunen tätig werden, wenn auch in beschränkter Weise.“

„Sie können beispielsweise poli

## Kommunale Spielräume zur Förderung legaler Zufluchtswegen

(...) „Eine ausdrückliche Erlaubnis für Kommunen, sich eigenmächtig an der Flüchtlingsaufnahme zu beteiligen, existiert nicht. Über welche Handlungsspielräume Städte und Gemeinden zur Förderung legaler Zufluchtswegen dennoch verfügen, wurde bisher durch Rechtsprechung und Rechtswissenschaft nicht geklärt.“ (...)

**„Kommunales Selbstbestimmungsrecht“** „Kraft ihres kommunalen Selbstbestimmungsrechts dürfen Städte und Gemeinden über die vom Land zugewiesenen Aufgaben hinaus in freiem Ermessen selbst bestimmen, welche zusätzlichen Aufgaben sie im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts freiwillig wahrnehmen möchten (sogenannte Allzuständigkeit). Welche Politik- und Handlungsfelder von diesem Recht umfasst sind, ist gesetzlich nicht abschließend vorgegeben und unterliegt einem ständigen Wandel. So werden Kommunen mittlerweile auch im Zusammenhang mit globalen Angelegenheiten tätig, etwa in der Außen- und Klimapolitik, beim Schutz von Menschenrechten und im Migrationsmanagement.“ (...) „Inwieweit dies auch für den Bereich der Flüchtlingsaufnahme aus dem Ausland gilt, wird rechtlich von zwei Aspekten bestimmt: Kommunen haben ein Selbstbestimmungsrecht lediglich für „örtliche Angelegenheiten“ und müssen dabei die geltenden Gesetze beachten.“

**„Flüchtlingsaufnahme als örtliche Angelegenheit“** „Inwieweit Flüchtlingsaufnahme politik als eine örtliche oder/und als staatliche Angelegenheit (Bund, Land) zu betrachten ist, wurde bisher weder durch die Rechtswissenschaft noch durch die Rechtsprechung behandelt.“ (...) „Nach Auffassung der Bundesgerichte haben Kommunen

mangelnde Handlungsbereitschaft der nationalen sowie europäischen Ebene lassen die Kommunen in die Verantwortung rücken. Das Aufzeigen von zusätzlichen lokalen Kapazitäten für die Flüchtlingsaufnahme ist eine genuin örtliche Angelegenheit. Denn die Kommunen kennen die lokale Lage und sind maßgeblich zuständig für die „Integration“ der Menschen, die aufgenommen werden sollen.“

„Eine Maßnahme zur freiwilligen Flüchtlingsaufnahme muss in jedem Fall als örtliche Angelegenheit angesehen werden, wenn die Aufgenommenen in der betreffenden Kommune verbleiben sollen.“

**„Kommunale Flüchtlingsaufnahme politik im Rahmen der Gesetze“** (...) „Kommunen „müssen Asylantragsteller\_innen aufnehmen, die ihnen von Bund oder Land zugewiesen werden. Zum anderen dürfen Kommunen zusätzlich freiwillig im Sinne einer Aufnahme von Asylsuchenden auch ohne ein bestimmtes Gesetz tätig werden.“ (...) Die EU-Dublin-III-Verordnung steht einer Aufnahme aus EU-Außengrenzstaaten durch deutsche Kommunen nicht entgegen. (...) Eine freiwillige Übernahme der Verantwortung durch einen anderen Mitgliedstaat schließt die Verordnung daher nicht aus.“ (...)

**„Länder und Stadtstaaten“** „Die 16 Bundesländer verfügen im föderalen System der BRD über weitreichende Kompetenzen in Gesetzgebung und Verwaltung. Bezogen auf die Flüchtlingsaufnahme sieht das Aufenthaltsgesetz ausdrücklich vor, dass die Länder die Aufnahme von bestimmten Gruppen aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der BRD anordnen dürfen.

tische Debatten initiieren und öffentliche Erklärungen über ihre kommunale Aufnahmebereitschaft abgegeben. Sie dürfen sogar zur Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen aufrufen. Kommunen können allein oder in Städte-Netzwerken auf Landes-, Bundes-, EU-, Europarats- oder UN-Ebene ihre Aufnahmebereitschaft erklären. Außerdem wäre die Einführung einer zusätzlichen Visa-Art zur kommunalen Aufnahme möglich, vorzugsweise zur Asylantragstellung oder humanitären Aufnahme in einer bestimmten Kommune (...). Dies können Kommunen allerdings nicht eigenmächtig durchsetzen. Stattdessen müssten sie es über ihre Landesregierung oder selbst (bzw. über Städte-Netzwerke wie den Städte tag) auf Bundesebene beim Auswärtigen Amt und den Gesetzgebungsinstitutionen anregen, damit eine entsprechende Änderung der Gesetzgebung und Visa-Praxis auf den Weg gebracht werden kann. Innerhalb konkreter Visumverfahren können Kommunen außerdem ihre (Vorab-)Zustimmung sowie Kostenübernahme-Erklärungen für die Aufnahme bestimmter Personen erteilen.“

\*\*\*\*\*

Aus Platzgründen veröffentlichen wir den Text von Helene Heuser hier nur in Auszügen. Bitte lesen Sie den gesamten Text, der im Internet unter folgendem Link veröffentlicht ist: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/283140/kommunale-spielraeume-zur-foerderung-legaler-zufluchtswegen>

Name des Autors/Rechteinhabers: by-nc-nd/3.0/de/Autor: Helene Heuser für bpb.de

## Riace Solidarity City

Kassationsgericht rehabilitiert Mimmo Lucano

*„Wir wollten einfach Menschen in Schwierigkeiten helfen. Wir wollten menschlich bleiben und das haben wir getan, nicht mehr und nicht weniger. Wir sind einfache Leute.“ (M. Lucano)*

Seit zwanzig Jahren ist die Gemeinde Riace bei der Aufnahme von Geflüchteten ein Vorbild, das zeigt, wie Europa auch sein könnte: offen, inklusiv, solidarisch.

In Riace haben alle Einwohner\*innen unabhängig von Herkunft, Aufenthalts- und sozialem Status den gleichen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, zu Bildung, zu menschenwürdigem Wohnraum, zu medizinischer Versorgung und die Möglichkeit zur kulturellen und politischen Teilhabe. Trotzdem wird das Modell Riace von der italienischen Regierung angefeindet, da diese offensichtlich befürchtet, es könne Schule machen, es könne ansteckend wirken und sich als überzeugendes Gegenmodell zum restriktiven Kurs der derzeitigen Einwanderungspolitik erweisen.

Gegen den Bürgermeister Mimmo Lucano sind Ermittlungen eingeleitet worden; die Vorwürfe lauteten: Begünstigung illegaler Einwanderung und Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Müllabfuhr an zwei Kooperativen. Die Folgen waren, dass Lucano vorübergehend unter Hausarrest gestellt, vom Amt suspendiert und schließlich aus Riace verbannt wurde. Seit 6 Monaten lebt er im „Exil“. Jetzt hat ihn das Kassationsgericht von diesen Vorwürfen freigesprochen. Nun bleibt allerdings abzuwarten, wie das Gericht von Locri, bei dem die Anklage erhoben wurde, entscheidet und ob das Verfahren gegen Lucano definitiv eingestellt wird und er wieder nach Riace zurückkehren darf.

Riace wartet bis dato noch immer auf die bereits gewährten Fördermittel für die Jahre 2017 und 2018, die der Gemeinde für die schon geleistete Arbeit zustehen.



Aus diesen Gründen haben Mimmo Lucano und die Menschen und Vereine, die ihm in den vergangenen Jahren immer zur Seite standen, beschlossen, all ihre Kraft aufzuwenden, um das Überleben des Projektes Riace ohne finanzielle Unterstützung durch den italienischen Staat zu sichern. Dazu soll eine partizipative Stiftung „È stato il vento“ errichtet werden; diese muss nach italienischem Recht mit einem Ausgangsvermögen von 100.00 Euro ausgestattet sein. Diese Summe konnte aufgrund der großen Solidarität europaweit aufgebracht werden, sie dient als Garantie und darf nicht angerührt werden. Auch „Solidarity City“ Freiburg unterstützt die Gründung dieser Stiftung, damit das Modell Riace auch in Zukunft bestehen und weiter arbeiten kann. Um aber wieder operativ werden zu können, braucht Riace jedoch noch weitere finanzielle Hilfe. Deshalb läuft unsere Spendenaktion weiter und wir hoffen auch weiterhin auf Unterstützung.

Um unsere Hilfe zur Rettung des Modells „Riace“ noch effektiver gestalten zu können, werden wir in den nächsten Wochen mit mehreren Gruppen aus verschiedenen Gegenden in Deutschland einen gemeinnützigen Verein gründen.

Solidarisch mit Riace zu sein bedeutet, für ein gerechtes und offenes Europa und für die Demokratie zu kämpfen. Riace ist ein Modell für unser Europa.

Gianfranco Rizutti, Solidarity City Freiburg

**Spenden für Riace damit Riace weiterleben kann!**

Spendenkonto: Aktion Dritte Welt e.V. \* GLS Bank

IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00

BIC: GENODEM1GLS | Stichwort: „Riace“

Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch ausgestellt.

# Freiburg: In Vielfalt solidarisch!

Die Initiative *Solidarity City* hat sich im Januar 2017 gegründet. Für Freiburg war es der Einstieg in eine wichtige Debatte über eine Stadt für Alle. Dabei wurde die kommunale Politik, lokale Institutionen und die Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, sich der Bewegung der *Solidarity Cities* anzuschließen. Die Initiative ist Teil des bundesweiten Netzwerk der *Solidarity Cities* und hat ein „Manifest für eine solidarische Stadt“ verfasst, das bislang von mehr als 50 Gruppen unterschrieben wurde.



Am 29. Juni 2019 wird eine erste Konferenz stattfinden, zu der alle Gruppen und Einzelpersonen die das Manifest unterstützen, eingeladen werden. Die Initiative solidarisiert sich aktiv mit dem italienischen Dorf Riace. Neben einer Demonstration und zwei gut besuchten Veranstaltungen für Riace, wird auch die Gründung der Stiftung für Riace unterstützt. Weitere Informationen bitte dem Artikel zu Riace entnehmen. Die Initiative *Solidarity City* Freiburg ruft dazu auf, das Manifest zu unterschreiben und deren Umsetzung zu unterstützen.

**aks** arbeitskreis  
kritische  
soziale arbeit  
Regio-Gruppe FREIBURG

**Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit** haben wir in der täglichen Arbeit einen Einblick in das menschliche Leid, das entsteht, wenn Menschen von elementaren Grundrechten und sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind. Aus diesem Grund unterstützen wir die Arbeit hin zu einer *Solidarity City*. Keinem Mensch dürfen aufgrund des fehlenden Passes die grundlegenden Menschenrechte versagt werden. Über 400 Vorbilder von *Solidarity Cities* haben gezeigt, dass es möglich ist, auf kommunaler Ebene Voraussetzungen zu schaffen, unter denen auch Menschen mit nicht gesichertem Aufenthaltsstatus ohne Angst und in Würde leben können. Der AKS zeigt seit vielen Jahren Möglichkeiten auf, wie auf kommunaler Ebene gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden kann. Auf kommunaler Ebene Strukturen und Begegnungsräume zu schaffen bedeutet für die Stadtbevölkerung Räume zum Lernen und Kennenlernen, um Vorurteile und Rassismen zu überwinden. Durch Wissen über Strukturen und Lebenswirklichkeiten kann verstanden werden, was der Ausschluss vom Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, zum Arbeitsrecht, zur medizinischen Versorgung, Bildung und Bewegungsfreiheit bedeutet und welche Möglichkeiten Freiburg als Kommune hat, dem Leben in Angst ein Leben in Würde entgegenzusetzen. Die Zusammenarbeit mit vielen Initiativen ermöglicht es, auf kommunaler Ebene Konzepte zu erarbeiten, die den rechten Bewegungen konstruktive Alternativen entgegengesetzt.

**Deshalb unterstützt das 3HäuserProjekt das Manifest für eine solidarische Stadt in Freiburg.** Über unser primäres Ziel – bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der für immer dem Immobilienmarkt entzogen bleibt – hinaus, setzt sich das 3HäuserProjekt für eine solidarische Welt ein. Wir wollen keine Mauern: weder in den Köpfen noch zwischen Ländern.

Wir heißen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus – willkommen. In unseren Häusern haben wir vier Wohnungen schon in der Planung für Geflüchtete reserviert. Sie sind eine Bereicherung für unsere Gemeinschaft!  
www.3haeuserprojekt.org



**Medi**netz „Gesundheit - und somit medizinische Versorgung - ist ein Menschenrecht (Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948). Da illegalisierte Menschen faktisch jedoch von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen sind, vermittelt Medinetz ihnen medizinische Unterstützung. Jedoch sollte jeder Mensch uneingeschränkt (vom Aufenthaltsstatus) und ohne Angst eine/n Arzt/Ärztin, Therapeut/in etc. aufsuchen können.

**Deshalb steht Medinetz Freiburg hinter dem Konzept Solidarity City.**



**Das Kernanliegen von Care Revolution Freiburg ist dies:** Es ist ein Bedürfnis und deswegen unserer Auffassung nach ein Recht aller Menschen, unter guten Bedingungen füreinander zu sorgen und Sorge zu erfahren. In diesem reichen Land sollte dies auch allen möglich sein. Stattdessen leiden jedoch unter Kostendruck und der Abwertung von Sorgearbeit alle. Alle, die parallel zur Lohnarbeit für Kinder oder pflegebedürftige Menschen Sorge tragen. Alle, die in Pflegeheimen oder Kliniken beschäftigt sind. Alle, die als körperlich Eingeschränkte zu wenig Unterstützung erhalten, um gleichberechtigt am Leben teilnehmen zu können. Doch für viele Freiburger\_innen kommen weitere Beschränkungen hinzu: Durch den fehlenden Zugang zur Krankenversicherung bleibt Illegalisierten die Gesundheitsversorgung verwehrt. Geflüchtete bleiben von ihren Eltern, Kindern oder Partner\_innen getrennt. Und wer nicht wählen darf, kann nicht einmal auf diesem Weg beispielsweise auf die Sozialpolitik Einfluss nehmen. Dies wollen wir ändern – weil die Menschlichkeit es gebietet und weil wir gemeinsam, als Gleichberechtigte, für Verbesserungen für alle kämpfen wollen.

**Statement von „Our Voice“, die Geflüchteten-Redaktion bei Radio Dreieckland.** Alle sollten das Recht haben sich da aufzuhalten, wo sie möchten. Alle sollten sich frei bewegen können und arbeiten dürfen. Diese Rechte haben Menschen im Asylverfahren hier in Freiburg oft nicht. Geflüchtete erzählen in unseren Sendungen immer wieder, wie sich das auf ihr Leben auswirkt: die Beschränkungen, die Lebensbedingungen in der LEA, die ständigen Abschiebungen. Geflüchtete sind Menschen, keine Probleme, und so sollten sie auch gesehen und behandelt werden. Wir wünschen uns eine Stadt, in der sich Geflüchtete aufgenommen fühlen. Eine Stadt, in der sich keiner Fehl am Platz fühlt und sich integrieren muss. In unserer Sendung erzählen wir von uns selbst aber berichten auch über aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen rund um Flucht, Asyl und Migration und aktuelle Ereignisse zum Thema in Freiburg und in der Region. Mehr Infos auf [rdl.de/our-voice](http://rdl.de/our-voice)

Alle sollten sich frei bewegen können und arbeiten dürfen. Diese Rechte haben Menschen im Asylverfahren hier in Freiburg oft nicht. Geflüchtete erzählen in unseren Sendungen immer wieder, wie sich das auf ihr Leben auswirkt: die Beschränkungen, die Lebensbedingungen in der LEA, die ständigen Abschiebungen. Geflüchtete sind Menschen, keine Probleme, und so sollten sie auch gesehen und behandelt werden. Wir wünschen uns eine Stadt, in der sich Geflüchtete aufgenommen fühlen. Eine Stadt, in der sich keiner Fehl am Platz fühlt und sich integrieren muss. In unserer Sendung erzählen wir von uns selbst aber berichten auch über aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen rund um Flucht, Asyl und Migration und aktuelle Ereignisse zum Thema in Freiburg und in der Region. Mehr Infos auf [rdl.de/our-voice](http://rdl.de/our-voice)



**„Wir bauen eine Brücke zu sicheren Häfen“ steht auf der Webseite der bundesweiten SEEBRÜCKE.** Die Bewegung wurde im Juni 2018 gegründet, als das Seenotrettungsschiff „Lifeline“ mit 234 Geretteten an Bord wochenlang in keinem sicheren Hafen anlegen durfte. Auch wir von der Seebrücke Freiburg arbeiten an diesem Ziel, dem „Brücken bauen“, mit. Das Mittelmeer ist zur tödlichsten Außengrenze Europas geworden. Schiffe von Seenotrettungsorganisationen werden daran gehindert in sichere Häfen einzufahren, Crews werden verklagt. So wird die Rettung von in Seenot geratenen Menschen aktiv verhindert. Immer wieder werden Asylsuchende zum Beispiel nach Afghanistan, Libyen oder Syrien abgeschoben. Diese angeblich sicheren Herkunftsländer sind allerdings weiterhin von Anschlägen, Terror, Verfolgung usw. bedroht. So sieht kein sicherer Bleibeort aus! In der Menschenrechtscharta ist durch Artikel 3 das Recht auf Leben und Freiheit und in Artikel 14 das Recht auf Asyl für jeden Menschen verankert. Das Seerecht erklärt die Seenotrettung und sichere Häfen zur Pflicht. Wir setzen uns für Seenotrettung auf dem Mittelmeer und für sichere Häfen ein. Wenn Menschen vor dem Ertrinken gerettet wurden und auf der Flucht sind, dürfen sie nicht einfach wieder deportiert werden. Deshalb machen wir uns stark dafür, dass Flüchtende von solidarischen Städten aufgenommen werden und dort einen sicheren Bleibeort vorfinden. Deshalb unterstützen wir die Initiative *Solidarity City*! Wir setzen uns dafür ein, dass Freiburg solidarisch wird und jede\*r ihre/seine Rechte zugestanden bekommt.

Die Bewegung wurde im Juni 2018 gegründet, als das Seenotrettungsschiff „Lifeline“ mit 234 Geretteten an Bord wochenlang in keinem sicheren Hafen anlegen durfte. Auch wir von der Seebrücke Freiburg arbeiten an diesem Ziel, dem „Brücken bauen“, mit. Das Mittelmeer ist zur tödlichsten Außengrenze Europas geworden. Schiffe von Seenotrettungsorganisationen werden daran gehindert in sichere Häfen einzufahren, Crews werden verklagt. So wird die Rettung von in Seenot geratenen Menschen aktiv verhindert. Immer wieder werden Asylsuchende zum Beispiel nach Afghanistan, Libyen oder Syrien abgeschoben. Diese angeblich sicheren Herkunftsländer sind allerdings weiterhin von Anschlägen, Terror, Verfolgung usw. bedroht. So sieht kein sicherer Bleibeort aus! In der Menschenrechtscharta ist durch Artikel 3 das Recht auf Leben und Freiheit und in Artikel 14 das Recht auf Asyl für jeden Menschen verankert. Das Seerecht erklärt die Seenotrettung und sichere Häfen zur Pflicht. Wir setzen uns für Seenotrettung auf dem Mittelmeer und für sichere Häfen ein. Wenn Menschen vor dem Ertrinken gerettet wurden und auf der Flucht sind, dürfen sie nicht einfach wieder deportiert werden. Deshalb machen wir uns stark dafür, dass Flüchtende von solidarischen Städten aufgenommen werden und dort einen sicheren Bleibeort vorfinden. Deshalb unterstützen wir die Initiative *Solidarity City*! Wir setzen uns dafür ein, dass Freiburg solidarisch wird und jede\*r ihre/seine Rechte zugestanden bekommt.



**Warum wir „Solidarity City“ unterstützen?** Wir wollen in einer solidarischen Stadt leben, in der alle - unabhängig von ihrer Herkunft und den ihnen zugeteilten Aufenthaltstiteln - die Möglichkeit zur freien Entfaltung haben.

Dazu gehören nicht zuletzt die freie Wahl des Aufenthaltsorts und der Wohnform - und zwar nicht nur als theoretisches Recht, sondern auch als reale Möglichkeit. Das bedeutet also neben der Abschaffung jeglicher Residenzpflicht auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle - auch für Menschen, die geflüchtet sind! Die Isolierung von Geflüchteten in der Landeserstaufnahmestelle (LEA), mitsamt Arbeits-, Besuchs- und Reiseverboten, passt nicht zu einer Stadt, die sich selbst als „offene Stadt“ bezeichnet. Im Gegenteil entsteht der Eindruck, dass die Stadt Freiburg sich durch den Betrieb der LEA vor der sogenannten „Anschlussunterbringung“ drückt - und damit das vielfältige Potential der Freiburger Zivilgesellschaft auf der Ebene von Inklusion und Partizipation ungenutzt lässt.

**Wir, die Initiative SCHLÜSSELMENSCH e.V.**

sind eine in Freiburg ansässige Initiative. Wir engagieren uns vor Ort, im Rahmen von Patenschaften zwischen jungen Menschen, meist Studierenden, und geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus setzen wir uns politisch von der kommunalen bis zur Bundesebene für eine faire Flüchtlingspolitik ein.

Unsere Initiative basiert auf der Solidarität mit Geflüchteten. Ein würdiges und gleichberechtigtes Dasein für alle Menschen zu ermöglichen ist unserer Ansicht nach eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. In diesem Sinne unterstützt unsere Initiative die Idee der *Solidarity City*. Innerhalb der Patenschaften geht es uns um eine Begegnung auf Augenhöhe. Eine solidarische Stadt ermöglicht eine Gesellschaft in der Menschen zusammenleben ohne dass ihre Herkunft oder ihr sozialer Status die Partizipationsmöglichkeiten einschränken oder Menschen davon grundsätzlich ausschließen. Wir unterstützen die Initiative *Solidarity City* für ein menschenwürdiges Miteinander.



||| jos fritz. bücher

**Warum jos fritz.bücher die Initiative Solidarity City unterstützt:**

Unsere Buchhandlung verstehen wir als einen Ort der Begegnung von Menschen und Ideen, die hier Raum finden, sich auszutauschen. So verstehen wir auch die Initiative der *Solidarity City*: eine Möglichkeit zusammenzukommen, ohne Schranken wie Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion. Unser Sortiment, unsere Schaufenster und unsere Veranstaltungen tragen die Themen Menschlichkeit und Solidarität in die Öffentlichkeit. Mit verschiedenen Kooperationen arbeiten wir daran, ein Netzwerk von Initiativen und Aktiven weiter auszubauen.

# Urban City Card Diskussionen in schweizer Städten

In verschiedenen Städten in der Schweiz finden seit längerer Zeit Bestrebungen für die Durchsetzung einer *City-Card* statt.

**Zürich** | In Zürich hat der Gemeinderat im Oktober 2018 eine entsprechende Motion zur Einführung der *Züri City-Card* gut geheissen und dem Stadtrat überwiesen. Eine Petition mit mehr als 8.500 Unterschriften wurden eingereicht. Der Stadtrat hat nun zwei Jahre Zeit einen Vorschlag auszuarbeiten, wie er die Motion umsetzen möchte.

Mittlerweile hat sich die Züricher Stadtregierung gegen den Vorstoß in dieser verbindlichen Form ausgesprochen, obwohl 2017 der Stadtrat ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben hat, und bestätigte, dass eine *City-Card* eine rechtsgenügeliche Ausweismöglichkeit darstellt.

**Bern** | In Bern führt die Beratungsstelle für Sans Papiers jährlich über 2.000 Beratungen durch. 2016 wurde eine öffentliche Veranstaltung zur *City-Card* organisiert. Eine *City Card* die die gleiche Gültigkeit wie eine „Aufenthaltsbewilligung“ haben soll. Die Resonanz auf die Veranstaltung war groß und es entstand die Plattform „Wir alle sind Bern!“ Um eine Idee wie die *City-Card* umsetzen zu können, barucht es neben der sozialen Bewegung und der Vernetzung, auch den Willen der Stadtbehörden, politische Instrumentarien zu entwickeln und umzusetzen. Mittlerweile hat die Stadt Bern in ihrem Leitbild aufgenommen: „Die Stadt Bern beteiligt sich an der Debatte um das Konzept von *Urban Citizenships* und ist bestrebt, eine *City-Card* einzuführen, um damit die Teilhabe aller Bewohner\*innen und Bewohner Berns unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu fördern.“

**Genf** | In Genf wurden seit Ende 2017 etwa 1.100 Personen durch die Operation Papyrus reguliert. Seit Ende 2018 ist die Operation nun offiziell beendet. Es wird davon ausgegangen, dass zwischen 2.000 bis 3.000 Personen nach langen Jahren Leben in der Illegalität, eine ‚Bewilligung‘ zum Leben in der Schweiz erhalten. Die Kriterien des Regularisierungsverfahren sind sehr streng, sie sind öffentlich bekannt, und werden von allen beteiligten Akteur\*innen anerkannt.

Weitere Informationen sind der Zeitung: „Stimme der Sans Papiers“ **Basel zu entnehmen.**

Die Zeitung findet man im Internet: <http://www.sans-papiers.ch/index.php?id=124> Die letzte Zeitung ist im Februar 2019/ Ausgabe Nr. 46 erschienen.

**Das Antira-Netzwerk ruft am 11. Mai zur DEMO nach Pforzheim auf:**

## 100 Jahre sind genug - Abschiebehaft abschaffen! Den Aufmarsch der Partei ‚Die Rechte‘ stoppen!

### Rassistische Politik bekämpfen!

#### Die Fratze heißt Faschismus!

Wir rufen am **11. Mai 2019** zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der bundesweiten Aktionstage „100 Jahre sind genug – Abschiebehaft abschaffen!“ gegen das Abschiebegefängnis in Pforzheim auf und wollen uns zeitgleich einem Aufmarsch der Nazi Partei „Die Rechte“ (DR) in Pforzheim in den Weg stellen.

#### Abschiebehaft abschaffen!

Im Jahr 1919 hat erstmals Bayern die Abschiebehaft als antisemitisches Instrument eingeführt. Auch aus dem Pforzheimer Gefängnis wurden zwischen 1933 und 1945 viele Menschen deportiert. Seit den 90er Jahren wird die Abschiebehaft gegen Geflüchtete eingesetzt. Aus diesem Anlass finden bundesweit vor zahlreichen Abschiebegefängnissen Aktionen statt. Sie richten sich u.a. gegen das „Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ von Bundesinnenminister Seehofer, mit dem u.a. die Abschiebehaft gegen Geflüchtete ausgedehnt werden soll. Es handelt sich um ein „Ausländer raus“-Gesetz, das wir entschieden ablehnen. Das Gesetz wird zu weiterer staatlichen Gewalt gegen unschuldige Menschen führen.

#### Nazis marschieren am 11. Mai in Pforzheim

Am 11. Mai 2019 wollen außerdem Nazis der Partei „Die Rechte“ (DR) durch Pforzheim marschieren. Auch sie marschieren für ihr „Ausländer raus“ und hetzen gegen Geflüchtete und alle, die nicht ihrem Wuschbild einer faschistischen Volksgemeinschaft entsprechen. Die Partei „Die Rechte“ stellt lediglich die legale Fassade eines militanten Nazimilieus dar. In ihr haben sich „Kameraden“ aus etlichen verbotenen Nazi-Vereinen zusammengefunden. Mitglieder von „Die Rechte“ haben in der Vergangenheit Sympathie für den NSU erkennen lassen, bei ihren Mitgliedern wurden Waffen gefunden. Ihre Propaganda befördert rechten Terrorismus gegen alle, die nicht in ihr Bild vom reinen deutschen Volk passen. Sie wännen sich in einem Rassenkampf.

#### Demo beginnt vor dem Abschiebeknast

Unser Protest beginnt am Abschiebegefängnis in Pforzheim, einer Institution, in der bereits eine Forderung der Rassisten umgesetzt ist: Geflüchtete als Kriminelle zu behandeln. Dies ist in Baden-Württemberg seit einem All-Parteien-Beschluss möglich. Unschuldige Menschen werden bis zu ihrer Abschiebung weggesperrt. **Und die Mehrheit schaut wieder weg! Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Faschisten und Regierungspolitik ist nicht mehr zu leugnen.**

Was gestern noch als Fluchtgrund anerkannt wurde, wird morgen per Gesetz beseitigt. So sieht die Asylpolitik der letzten 40 Jahre aus, eine nationale Politik, die permanent neue rassistische Programme der Ausgrenzung und Kriminalisierung aus ihren Schubladen holt. Aktuell stehen in dem Bereich weitere zehn Gesetzesänderungen an. Geflüchtete, denen der notwendige asylrechtliche Schutz verweigert wird, sollen nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft schneller abgeschoben und bis dahin grundlegender Rechte beraubt werden. Die Zahl der Abschiebungen soll weiter erhöht werden. Das Seehofer-Gesetz soll dazu beitragen.

**Flucht und Migration sind keine Verbrechen.** Der Hetze gegen Geflüchtete und ihrer Kriminalisierung stellen wir unsere Solidarität entgegen. Wir sind nicht bereit, die menschliche Abschiebepaxis hinzunehmen.

**Abschiebehaft und Abschiebegefängnisse müssen abgeschafft werden. Das Abschiebegefängnis in Pforzheim ist aufzulösen.**



Links: Abschiebegefängnis in Pforzheim

#### Bleiberecht für ALLE!

**Wir kämpfen für eine Welt in der Menschen nicht mehr flüchten müssen, eine Welt der Bewegungsfreiheit, der gleichen Rechte für alle, eine Welt der Solidarität ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Rassismus!**

**Verhindern wir den Nazi-Marsch! Zeigen wir den Menschen im Abschiebeknast unsere Solidarität. Kommt am 11. Mai zur Demo nach Pforzheim!**

Die Demoroute und Startzeit ist auf unserer Internetseite und unseren Social-Media-Kanälen veröffentlicht.

## Einige Tipps

### Hier draußen an der Grenze

Repressive Elendsverwaltung auf europäischen Migrationsrouten. Freier Journalist Tobias Müller  
VSA: Verlag 2018 - ISBN 978-3-89965-839-2

### Der Weg über die Kommunen

Empfehlungen für eine neue Schlüsselrolle der Kommunen in der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU  
Von Petra Bendel, Hannes Schammann, Christiane und Janina Stürner. Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Februar 2019

### Kommunale Spielräume zur Förderung legaler Zufluchtswege

Helene Heuser ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. In ihrem Promotionsprojekt "Städte der Zuflucht" untersucht sie ein "lokales" Konzept des Flüchtlingsschutzes.  
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/283140/kommunale-spielraeume-zur-foerderung-legaler-zufluchtswege>

### Freizügigkeit ist ein Menschenrecht:

#### Die Charta von Palermo

Nachdem von konservativer und rechtspopulistischer Seite sogar die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union beschränkt werden soll, möchte ich das genaue Gegenteil vorschlagen: Ausweitung der Freizügigkeit über die Grenzen der EU hinaus. | <https://semiosisblog.wordpress.com/2016/01/07/die-charta-von-palermo-freizugigkeit-als-menschenrecht/>

### Illegalisiert und trotzdem sicher

<https://www.augustin.or.at/zeitung/tun-und-lassen/illegalisiert-und-trotzdem-sicher.html>

### All the World's Immigration Visualized

Diese Karte zeigt die geschätzte Nettozuwanderung (Zuflüsse minus Abflüsse) nach Herkunft und Zielland zwischen 2010 und 2015. <http://metrocosm.com/global-immigration-map/>

### Solidarische Städte: Globale Soziale Rechte und das Recht auf Mobilität

Während die Staatschefs der EU-Mitgliedsländer und der USA migrationspolitische Restriktionen vorantreiben, ihre Grenzen weiter abschotten und dabei den Tod tausender Hilfesuchender auf den Fluchtrouten in Kauf nehmen, erklären Stadtregierungen ihre Städte zu «solidarischen Städten» oder «Städten der Zuflucht».

<https://www.rosalux.de/%20publikation/id/39274/>

„Solidarische Städte in Europa“ von Wenke Christoph und Stefanie Kron | <https://www.rosalux.de/publikation/id/40039/solidarische-staedte-in-europa/>

### KONTAKTE zu einzelnen GRUPPEN

Wer Kontakt zu einzelnen Gruppen des Antira-Netzwerks haben möchte, sende uns bitte eine Mail.

### SPENDENAUF RUF

Wir bitten dringend um Spenden, damit wir unsere gemeinsamen Projekte finanzieren können - wie z.B. Konferenzen, Zeitungen, Flyer etc. **Spendenkonto: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, Volksbank Breisgau Nord e.G., BIC: GENODE61EMM, IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26**  
Stichwort: Antira-Netzwerk Baden-Württemberg.

### AntiRA Netzwerk Baden-Württemberg

Das Netzwerk trifft sich unregelmäßig. Jede Gruppe und Einzelperson die für den Antirassismus eintritt, ist beim Netzwerk willkommen. Es bestehen Kontakte zu zahlreichen Gruppen in Baden-Württemberg. Über einen offenen Mailverteiler werden die wichtigsten Nachrichten verschickt. Über Twitter, Facebook und unsere Homepage sind wir ebenfalls zu erreichen.

[info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de)  
<https://www.facebook.com/AntiRaNetz/>  
<http://stop-deportation.de/>  
[https://twitter.com/AntiRA\\_Netzwerk/](https://twitter.com/AntiRA_Netzwerk/)

### IMPRESSUM und HERAUSGEBER:

Solidarity4All, Antira-Netzwerk Baden-Württemberg, c/o Aktion Bleiberecht Freiburg, Adlerstr.12, 79098 Freiburg, [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de). V.i.S.d.P. Walter Schlecht